



An
Kandidaten zur Bundestagswahl
der Wahlkreise Köln, Rhein-Berg, Rhein-Erft und Rhein-sieg
sowie
ausgewählte Listenkandidaten

Sehr geehrte Frau/Herr Bundestagsabgeordnete*r / -kandidat*innen,

wir, die Grannies for Future Köln, wenden uns an Sie als evtl. zukünftiger*m Volksvertreter*in. Wir haben große Sorge wegen einer absehbar unzureichenden Umsetzung der Pariser Klimaziele und des europäischen New Green Deal. Zudem verpflichtet der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zur Generationengerechtigkeit die zukünftigen Volksvertreter zu konsequentem Handeln.

Als Grannies for Future sehen wir uns als Teil der globalen Klimabewegung. Als Großeltern fühlen wir eine besondere Verantwortung für unsere Kinder und Enkel und deren Lebensgrundlagen, aber auch für eine globale Bevölkerung, die jetzt schon deutlich mehr unter den Klimawandelfolgen leidet, als wir es tun. Uns bedrücken die zunehmende und inzwischen auch bei uns deutlich erlebbare Klimakrise, die drohenden Kipppunkte, die zu unumkehrbaren Veränderungen führen, sowie die mit unserem Wirtschaften verbundenen sozialen Ungerechtigkeiten. Wir stimmen ausdrücklich der Begründung des BVerfG in ihrem Beschluss zum KSG zu: *„Danach darf nicht einer Generation zugestanden werden, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde.“* Als Generation, die genau aufgrund dieser Haltung die größten Vorteile für ihr wohlständiges Leben genießen durfte, müssen wir uns endlich für eine Politik einsetzen, die auch zukünftigen Generationen überall auf der Erde ein sicheres und gerechtes Leben ermöglicht. Eines unserer Ziele ist es daher, andere Menschen, die wie wir von dem bisherigen Wohlstand und Lebensstil profitiert haben, zu sensibilisieren und zu aktivieren.

Aufgrund unserer oben angesprochenen Sorge sehen wir wie viele andere Menschen aller Generationen die kommende Bundestagswahl als „Klimawahl“. In der nächsten Legislaturperiode müssen wichtige Weichen in Richtung einer schnellen und konsequenten sozial-ökologischen Transformation gestellt werden. Wir sehen die Bundesrepublik Deutschland - wie alle reichen Länder – gegenwärtig noch nicht auf dem Weg zur Einhaltung des Pariser 1,5 Grad Ziels. Die angekündigten Klimaziele der bisherigen Bundesregierung liegen noch deutlich unter der erforderlichen Zielhöhe. Die bisher zur Umsetzung eingeleiteten Schritte bleiben noch hinter den schon zu niedrigen Zielen zurück. Wir als besorgte Bürger erwarten von der zukünftigen Regierung den notwendigen Willen zur konsequenten Umsetzung des Pariser 1,5 Grad Ziels mit geeigneten konkreten Maßnahmen in allen Bereichen.

Die Erfahrung zeigt, dass die Parteiprogramme unterschiedlich aussagefähig und differenziert sind. Sie sind auch nicht unbedingt deckungsgleich mit dem tatsächlichen Verhalten der gewählten Volksvertreter und der Regierung in den Gesetzgebungsprozessen. Um uns und anderen eine bessere Entscheidungsgrundlage für die Wahl im September zu geben, bitten wir

Sie, die anhängenden Fragen aus Ihrer persönlichen Sicht und Überzeugung sowie auf der Grundlage Ihres Parteiprogramms zu beantworten. Bei den Fragen handelt es sich um eine sehr begrenzte und enge Auswahl, die wir beispielhaft für Ihre Grundhaltung zur Bewältigung der Klimakrise verstehen.

Wir beabsichtigen allen Abgeordnet*innen / Kandidat*innen aus der Region die gleichen Fragen zu stellen und die Antworten rechtzeitig vor der Wahl in anschaulicher und übersichtlicher Form zu veröffentlichen (z.B. Homepage, örtliche Presse). Wir würden uns wünschen, dass aus dieser ersten Interaktion ein eventuell längerfristiger Austausch zwischen Ihnen als Abgeordnete*r und Politiker*innen und uns als Bürger*innen und Wähler*innen zu klimapolitischen Fragen entsteht.

Herzlichen Dank für Ihre Bemühungen.

Beste Grüße

Uli Seeck

Anlage

Fragen zu klimapolitischen Positionen

